

INHALT

Nachrichten	146
Hintergrund	148
Seit Anfang Juni in Kraft: Baumschutz in Potsdam neu geregelt • Immobilienkreditrichtlinie: Die Nachbesserung der Nachbesserung • Fehler kann die Erhöhungsbeträge für mehr als ein Jahr kosten: Widerrufsbelehrung bei der Mieterhöhung – beifügen oder nicht?	
Fragen & Antworten	151
Reparatur der Jalousie: Muss das der Mieter machen? • Historische Heizung: Erneuerung umlegbar? • Selbstbehalt: Im Versicherungsfall Betriebskosten? • Eigenbedarf und Schlechtverwertung: Wie stehen Chancen bei Kündigung? • Alt-Neubau: Welches Mietspiegelfeld? • Instandsetzung des Hausabflusses: Muss ich das zahlen?	
Recht kurz & bündig	153
Einstweilige Verfügung auf Räumung von Wohnraum: Bloße Vermutung der Gefahr für Leib oder Leben reicht nicht aus • Erfolgreicher Reparaturversuch: Der Mieter muss einen Mangel erneut anzeigen • Auch keine Überlassung an Familienangehörige und Lebenspartner: Untervermietung der kompletten Wohnung ist nur mit Erlaubnis des Vermieters gestattet – sonst Kündigung • Wenn die Liebe endet: Recht auf Zustimmung zur Wohnungskündigung	
Recht & Praxis	155
Streitthema in den Sommermonaten: Nicht für jeden ein Genuss – Grillen auf dem Balkon • Berliner Mietspiegel 2017 vorgestellt: Durchschnittlicher Anstieg der Oberwerte um 17 %	
Bücher & Software	157
Rund um Haus & Garten	158
Energieausweis: Was bedeutet er eigentlich? Verbraucherzentrale bringt Licht ins Dunkel • E-Check bei jedem Eigentümerwechsel: Alte Elektroanlagen regelmäßig prüfen lassen • Naturnahe Anpflanzungen: Der heimische Garten im Klimawandel • Unbesorgt den Sommer genießen: Gefahrenquellen im Garten meiden • Zuschuss für die Heizungsmodernisierung: Fördermittel-Service übernimmt Antragstellung • Erhöhte Legionellengefahr durch Stillstand: Nach dem Urlaub Leitungen durchspülen	
Aus den Vereinen	163
Landesverband Brandenburg: Möglichkeiten und Vorteile einer Mitgliedschaft • Erkner: Erste Informationsveranstaltung des Jahres • Einladung zum Sommerfest des Ortsvereins • Luckenwalde: Interessenvertreter der Hauseigentümer mit neuer Verstärkung – Vorstand setzt bewährte Arbeit fort • FlämingBau – Messe für Haus, Energie und Umwelt	
Impressum	160

Titelfoto: © GRÜNE LIGA Berlin

KOMMENTAR

Das Ende der Mietpreisbremse?

Wirtschaftliche Vernunft muss keine Frage der politischen Lager sein

Von Lars Eichert, Landesvorsitzender Haus & Grund Brandenburg



Hoffentlich ist etwas dran an dem Grundsatz, dass gute Beispiele Schule machen. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein legen bei der Mietpreisbremse jetzt nämlich mit gutem Beispiel vor.

In den Koalitionsverträgen aus Düsseldorf und Kiel setzen CDU, FDP und auch die Grünen mit der Entscheidung zur Abschaffung der Mietpreisbremse ein positives Signal für den Wohnungsmarkt. Besonders erfreulich ist dabei, dass auch die Grünen in Schleswig-Holstein sich zu diesem folgerichtigen Schritt entschieden haben. Was wirtschaftlich unsinnig ist, Fehlentwicklungen fördert, statt die erhoffte Entwicklung zu entfalten, gehört abgeschafft.

Haus & Grund hat zur Mietpreisbremse deutlich gemacht, dass diese nicht nur verfassungswidrig ist, sondern auch die erwünschte Wirkung nicht erreichen kann. Die Mietpreisbremse schützt nämlich nicht die Mieter. Vielmehr werden finanzstarke Wohnungssuchende geschützt, die sich dadurch mehr Wohnraum zu geringeren Mieten leisten können. Beliebte Stadtteile werden durch Mietbegrenzungen noch attraktiver, und die Nachfrage steigt dort weiter, ohne dass das Angebot im gleichen Umfang ausgeweitet wird. Die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt werden mit der Mietpreisbremse also eher verschärft als gelöst.

Mit einer Entscheidung des Landgerichts Berlin wird der Irrsinn bei der Mietpreisbremse aber besonders offensichtlich. Dort hat nämlich ein Mieter erstritten, dass seine Miete aufgrund der Mietpreisbremse reduziert wird, während er selbst etwa zwei Drittel seiner Wohnung zum Vierfachen der von ihm gezahlten Miete untervermietet.

Die untaugliche und verfassungswidrige Mietpreisbremse ermöglicht es also Mietern, Geschäfte mit Wohnungen zu machen, die sie mit Preisbindung vom Eigentümer anmieten. Ob solche Entscheidungen SPD und LINKE in Brandenburg dazu bringen, von einem untauglichen und sogar schädlichen Instrument abzulassen, bleibt leider zweifelhaft, lässt sich dieser Versuch der Preisregulierung doch trotz der schlechten Wirkung wegen seines werbewirksamen Namens dem Wähler so gut verkaufen.

Trotzdem bleibt zu hoffen, dass endlich die wirtschaftliche Einsicht auch in Brandenburg obsiegt – wenn nicht durch die regierenden Parteien, dann vielleicht durch die Entscheidung der Wähler.